



DIE TRANSFORMATION FAIR GESTALTEN

Aufbruch in eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Wirtschaft

Forderungen des Forum Fairer Handel an Bundestag und Bundesregierung
für die Legislaturperiode 2021-2025

Wir befinden uns in einem Zeitalter der multiplen Krisen. Dass es sich dabei um systemische Krisen handelt, führt uns die Covid-19-Pandemie seit nunmehr fast einem Jahr in aller Deutlichkeit vor Augen. Überall dort, wo Bereiche dem lediglich nach Profit und Wachstum orientierten Markt unterworfen sind, treten in der Krise Mängel zutage, wie die Sorge um überlastete Gesundheits- und Sozialsysteme zeigt. Von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind Menschen, welche nicht durch soziale Sicherheitssysteme geschützt und strukturellen Machtungleichgewichten schutzlos ausgeliefert sind, wie Kleinbäuer*innen und -produzent*innen am Anfang vieler Lieferketten, informell Beschäftigte, Frauen, Kinder und Migrant*innen, am härtesten betroffen. Wenn nun während der Pandemie viele die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität äußern, dann muss klar sein: Nur zur höchst problematischen „Normalität“ vor Corona zurückzukehren, wäre ein Rückschritt. Anstieg von Armut und Ungleichheit weltweit, Klimakatastrophe, Zurückdrängung des Staates, Deregulierung, Privatisierung, Extraktivismus, industrielle Landwirtschaft – die Liste der systemischen Fehlentwicklungen ist lang und zeigt vor allem eines: Unsere Wirtschafts- und Lebensweise stößt an seine planetaren Grenzen und reproduziert immer größere Ungleichheit – national sowie global. Vor diesem Hintergrund brauchen wir in Deutschland, EU- und weltweit eine andere Politik, um Menschenrechte und Klima effektiv zu schützen und internationalen Handel gerechter zu gestalten. Ein fairer Neustart ist notwendig.

Ziel eines solchen Neustarts ist ein resilientes und zukunftsfähiges Wirtschafts- und Handelssystem, welches nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und ökologisch nachhaltig ist. Dieses muss den Menschen und die Umwelt in den Mittelpunkt des Wirtschaftens stellen. Die Prinzipien des Fairen Handels können dabei zeigen, wie resilientes Wirtschaften funktionieren kann und können als Blaupause für einen Neustart dienen, der durch strukturelle Veränderungen die grundlegenden Herausforderungen adressiert, die die Covid-19-Krise verdeutlicht hat.

Das Forum Fairer Handel hat in den letzten Monaten bei seinen Mitgliedern und Partnern nachgefragt, welche Forderungen sie aus der Perspektive des Fairen Handels an eine zukünftige Bundesregierung haben. Dabei hat sich gezeigt, dass es trotz der Vielfältigkeit der Forderungen eine gemeinsame Klammer gibt. Es ist die starke Forderung, dass die zukünftige Bundesregierung eine Politik macht, die den Menschen und den Planeten in der Vordergrund stellt. Eine Politik also, deren Leitbild die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Sustainable Development Goals, das Pariser Klimaabkommen sowie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind.

Insbesondere fordert das Forum Fairer Handel von Bundestag und Bundesregierung in der Legislaturperiode 2021 - 2025:

- ➔ Arbeits- und Menschenrechte entlang globaler Lieferketten zu schützen und Konzernmacht einzudämmen
- ➔ Stärkung des Fairen Handels in Deutschland und weltweit
- ➔ Herstellung der Klimagerechtigkeit mit einem starken Fokus auf Kleinbäuer*innen und Agrarökologie

1. Eine Wirtschaft, die Mensch und Umwelt vor den Profit stellt

a) Arbeits- und Menschenrechte entlang globaler Lieferketten schützen

Im Zuge der Covid-19-Pandemie zeigt sich, dass die unfairen und intransparenten Lieferketten, die sich auf der Suche nach billigen Produkten um den Globus gebildet haben, weder wirtschaftlich krisenfest noch sozial und ökologisch nachhaltig sind. Grundlegende Menschenrechte und Umweltbelange werden bei der Produktion von Gütern unseres täglichen Gebrauchs häufig verletzt und missachtet und viele Menschen können von ihrem Einkommen kein menschenwürdiges Leben führen. Auch deutsche Unternehmen sind immer wieder an Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzungen im Ausland beteiligt oder profitieren finanziell davon. Für mehr Resilienz in globalen Lieferketten braucht es verpflichtende ökologische und soziale Standards für die globale Wirtschaft und existenzsichernde Einkommen weltweit.

→ EXISTENZSICHERNDE EINKOMMEN ALS MENSCHENRECHT WELTWEIT FÖRDERN

Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und sollte für sich und seinen Haushalt ein existenzsicherndes Einkommen garantieren können. Zu geringe Einkommen und daraus resultierende Armut sind häufig die Ursache für weitere Missstände wie Unterernährung und ausbeuterische Kinderarbeit.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Existenzsichernde Einkommen und Löhne als grundlegendes Menschenrecht anzuerkennen und sich für eine weltweite Durchsetzung einzusetzen!
- Die Bereitstellung von Geldern zur flächendeckenden Berechnung von existenzsichernden Einkommen und Löhnen! Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Berechnung existenzsichernder Einkommen und Löhne sollen unterstützt werden!
- Eine verpflichtende Road-Map mit konkretem Zeitplan zu existenzsichernden Löhnen und Einkommen in allen staatlich geförderten Multi-Akteurs-Partnerschaften aufzustellen und deren Einhaltung zur Voraussetzung für eine Teilnahme zu machen!

→ SORGFALTPFLICHTEN FÜR UNTERNEHMEN WELTWEIT VERBINDLICH DURCHSETZEN

Europa- und deutschlandweite Studien zeigen, dass nur wenige Unternehmen die menschenrechtlichen Anforderungen aus den UN-Leitprinzipien sowie dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte ohne ein rechtliches Level-Playing-Field erfüllen. Deshalb braucht es verbindliche Regeln für Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Von den jetzigen Bundestagsabgeordneten, den vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf für ein nationales Lieferkettengesetz so nachzubessern, dass er internationalen Standards für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entspricht und wirksam Menschenrechte schützt.¹
- Die ambitionierte Umsetzung eines wirkungsvollen Lieferkettengesetzes!
- Die aktive Unterstützung eines ambitionierten EU-Lieferkettengesetzes, welches Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbindlich macht und eine Haftung für Unternehmen vorsieht!
- Eine aktive Unterstützung des UN-Treaty-Prozesses, um ein Level-Playing-Field auch außerhalb der EU zu schaffen!

b) Konzernmacht eindämmen

Zwischen den Akteuren in globalen Lieferketten besteht ein großes Macht- und Verhandlungsungleichgewicht. In Deutschland kontrollieren vier Einzelhandelsunternehmen 85 Prozent des Lebensmittelmarktes. Doch nicht nur im Bereich Lebensmittel, auch bei Saatgut und Düngemitteln sind es jeweils nur einige wenige Unternehmen, die den Handel, die Verarbeitung, die Herstellung und den Verkauf dominieren. Marktmächtige Unternehmen können Preis- und Vertragskonditionen beeinflussen oder bestimmen, ohne dass sich ihre Lieferanten zur Wehr setzen können. Dies hat immense negative Auswirkungen auf die Menschen am Anfang der Lieferkette, sowohl in Europa als auch im Globalen Süden. Deshalb müssen unlautere Handelspraktiken verboten und ungleiche Machtverhältnisse beendet werden.

¹ Wie der Gesetzentwurf nachgebessert werden muss, damit das Lieferkettengesetz wirkt, haben wir in unserer Stellungnahme zusammengefasst: https://www.forum-fairer-handel.de/fileadmin/user_upload/dateien/publikationen/materialien_des_ffh/2021-02_FFH_Stellungnahme_LKG-FINAL.pdf

→ UNLAUTERE HANDELSPRAKTIKEN UMFASSEND VERBIETEN

Ein umfassendes Verbot von unlauteren Handelspraktiken ist ein wichtiger Schritt, um dem Machtmissbrauch von marktdominierenden Unternehmen entgegenzuwirken. Die EU-Richtlinie zum Verbot von unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette bietet hierfür eine gute Grundlage. Um existenzsichernde Einkommen und Löhne entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu ermöglichen, braucht es jedoch weitergehende Schritte.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Von den jetzigen Bundestagsabgeordneten, ein umfassendes Verbot von unfairen Handelspraktiken auf nationaler Ebene zu beschließen, welches eine Generalklausel, ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten sowie eine unabhängige Ombudsstelle enthält!
- Ein Verbot von Preisen unterhalb der Produktionskosten, um ruinöse Preiskämpfe auszuschließen und existenzsichernde Einkommen und Löhne entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu ermöglichen!
- Ein Verbot von unlauteren Handelspraktiken auch in andere Sektoren, wie den Textilsektor, ausweiten!

→ MARKTMACHT EFFEKTIV BEGRENZEN

Unlautere Handelspraktiken resultieren insbesondere aus extremen Machtungleichgewichten in internationalen Lieferketten. Eine Reform des Wettbewerbsrechts ist ein wichtiger Schritt, um die Ausbildung von ungleichen Machtverhältnissen zu unterbinden. Das Wohl von Produzent*innen entlang internationaler Lieferketten sowie soziale und ökologische Aspekte müssen im Wettbewerbsrecht mitberücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Eine Abkehr von der ausschließlichen Orientierung an wettbewerblichen Erwägungen und Integration von sozialen und ökologischen Aspekten im Wettbewerbsrecht!
- Verschärfung der Fusionskontrolle und Förderung von Entflechtungen, um die Entstehung von Monopolen zu verhindern, bzw. bestehende marktbeherrschende Positionen durch Richtwerte einzuschränken!

c) Soziale und ökologische Kriterien zum Standard machen

Die Bundesregierung hat einen enormen Hebel, um eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise zu fördern und sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Eine entsprechende Ausgestaltung des Steuersystems sowie von Konjunkturprogrammen bietet Möglichkeiten, unternehmerisches Handeln im In- und Ausland gemäß seiner Auswirkungen auf Mensch und Natur steuerlich zu begünstigen oder zu belasten und setzt Anreize für nachhaltiges Wirtschaften. Durch eine konsequent an sozialen und ökologischen Kriterien orientierte Internalisierung externer Kosten können Wirtschaft und Handel sich als zukunftsfähig erweisen. Auch hat die öffentliche Hand mit ihrer Kaufkraft einen enormen Hebel und kann eine Lenkungswirkung übernehmen.

→ ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE KRITERIEN BEI BESTEUERUNG UND KONJUNKTURPROGRAMMEN EINFÜHREN

Steuern sind ein effektives Mittel, um eine gesellschaftliche Transformation zu fördern. Dies ist sowohl im Rahmen des gegenwärtig laufenden Reformprozesses der europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie, als auch bei der Anpassung von Verbrauchssteuern, wie einer Befreiung fair gehandelten Kaffees von der Kaffeesteuer, möglich. Mittels eines nachhaltigen Steuersystems können Konsument*innen Anreize für nachhaltigere Konsumententscheidungen erhalten und Firmen für eine nachhaltige Produktion belohnt werden. Zudem hat die Bundesregierung über kurz- und mittelfristige Konjunkturprogramme eine enorme Steuerungsmöglichkeit hin zu mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Konjunkturprogramme und Staatshilfen müssen überprüfbar und transparent an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden. Zudem müssen solche Programme an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, dem Pariser Klimaabkommen und den SDGs ausgerichtet werden!
- Eine gezielte Förderung von gemeinwohlorientierten Unternehmen, die derzeit einen Wettbewerbsnachteil aufgrund hoher sozialer und ökologischer Standards haben!
- Durch die Abschaffung der Kaffeesteuer für nachhaltig produzierten und fair gehandelten Kaffee ein Zeichen für eine zukunftsfähige Steuerpolitik zu setzen, die soziale und ökologische Standards fördert!

→ **VERBINDLICHE BESCHAFFUNGSPRAXIS UND AUSSENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG NACH ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN KRITERIEN EINFÜHREN**

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte betonen, dass Staaten zusätzliche Maßnahmen ergreifen sollten, wenn sie selbst am wirtschaftlichen Geschehen beteiligt sind, z. B. durch ihre Außenwirtschaftsförderung und die öffentliche Beschaffung. Bisher lässt das Ambitionsniveau der Bundesregierung in diesem Bereich jedoch sehr zu wünschen übrig. Denn die öffentliche Hand hat mit ihrer Kaufkraft einen enormen Hebel, um eine sozial- und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise zu fördern und sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Mit einer verbindlichen Beschaffungspraxis nach ökologischen und fairen Kriterien würde die öffentliche Hand in Deutschland einen erheblichen Beitrag zum Erreichen der Sustainable Development Goals leisten.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Verbindliche Vorgaben für faire und ökologische Beschaffung von Bund, Ländern und Kommunen!
- Eine Ausrichtung an sozialen und ökologischen Kriterien bei der Außenwirtschaftsförderung, damit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch konkrete Prüf- und Vergabekriterien verhindert werden können!

2. Klimagerechtigkeit und bäuerliche Landwirtschaft weltweit

a) Keine Klimagerechtigkeit ohne Handelsgerechtigkeit

Die Klimakrise wird bis 2030 voraussichtlich mehr als 100 Millionen Menschen im Globalen Süden unter die Armutsgrenze drängen. Ohne rigorose Anpassungsmaßnahmen könnte die globale Erwärmung die landwirtschaftlichen Erträge bis 2050 weltweit um bis zu 30 Prozent verringern, was mehr als 500 Millionen kleine Agrarbetriebe auf der ganzen Welt betreffen würde. Handelsgerechtigkeit ist ein wichtiger Schritt, um Klimagerechtigkeit zu erreichen. Durch seinen integrativen, nachhaltigen Ansatz, der soziale, wirtschaftliche und ökologische Grundsätze vereint, trägt der Faire Handel zu mehr Klimaresistenz in globalen Lieferketten bei. Aus diesem Grund muss der Faire Handel als wichtiger Bestandteil von Klimaschutz- und Anpassungsstrategien anerkannt und gefördert werden. Da der überwiegenden Mehrheit der über 800 Millionen Kleinbäuer*innen weltweit die finanzielle Kraft fehlt, um in Klimaschutz und in die Anpassung an den Klimawandel zu investieren, muss an dieser Stelle ein starker Fokus gesetzt werden.

→ **KLIMAGERECHTIGKEIT HERSTELLEN UND KLEINBÄUERLICHE STRUKTUREN FÖRDERN**

Vor allem kleinbäuerliche Betriebe leiden unter den veränderten klimatischen Bedingungen. Regen- und Erntezeiten verschieben sich oder bleiben ganz aus. Schädlinge und Pflanzenkrankheiten treten verstärkt auf und ziehen die Produktivität der Pflanzen in Mitleidenschaft. Kleinbäuer*innen und ihre Familien, die von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig sind, haben finanzielle Einbußen und ihre Existenz ist bedroht.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Kleinbäuer*innen durch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit bei Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gezielt zu unterstützen, damit diese sich gegen die unvermeidbaren Folgen der Klimazerstörung wappnen, von Klimaschocks erholen und ihre Lebensgrundlagen wiederherstellen können!
- Internationale Finanzmechanismen wie den Green Climate Fund auf Kleinbäuer*innenorganisationen ausrichten und so den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern!
- Effektiver Klimaschutz unterstützt auch Kleinbäuer*innen weltweit. Deshalb muss die Bundesregierung ihr

Minderungsziel für 2030 auf 70 Prozent anheben. Entsprechend müssen die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen wie die Einstellung fossiler Subventionen drastisch beschleunigt und ein konkreter Plan für den Ausstieg aus den fossilen Energien erarbeitet werden!

b) Agrarökologie stärken

Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Schäden der industriellen Landwirtschaft gefährden die bäuerlichen Lebensgrundlagen und die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme an die bereits spürbaren Folgen der Klimakrise. Kleinbäuerliche Betriebe werden vom Markt verdrängt, Menschen und Umwelt durch Chemieeinsätze gefährdet und die Zahl der Hungernden steigt. Für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft braucht es eine Abkehr von industrieller Landwirtschaft und eine Stärkung der Agrarökologie. Die Agrarökologie baut auf den grundlegenden Prinzipien des ökologischen Landbaus auf, zu denen vornehmlich der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, der Kreislauf von Boden-Pflanze-Tier und Mensch sowie die Unabhängigkeit der Betriebe von externen Betriebsmitteln gehören. Insgesamt sind die Grundsätze der Agrarökologie einer umfassend ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung verpflichtet.

→ AGRARÖKOLOGIE DURCH POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN UND IN DER STAATLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT STÄRKEN

Die Entwicklung der Agrarökologie wird bislang durch etliche Rahmenbedingungen behindert, unter anderem in der Agrar-, Ernährungs-, Handels-, Saatgut- oder Patentpolitik. Eine Stärkung der Agrarökologie kann bäuerliche Lebensgrundlagen und die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme erhalten. Sie ist Grundlage einer sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft, die alle Menschen ernährt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Eine klare Ausrichtung der Umweltpolitik an der Agrarökologie und Förderung ihrer Umsetzung auf nationaler sowie auf EU-Ebene!
- Die Agrarökologie im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zum zentralen Förderkonzept zur Armutsbekämpfung auf dem Lande zu machen. Dies schließt die Förderung von regionalen Märkten und Handel im Globalen Süden ein!

→ GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP) DER EU REFORMIEREN

Als weltweit größter Agrarexporteur setzt die EU maßgeblich auf eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft. Besonders deutlich wird dies bei der Vergabe der Subventionen. Den größten Teil hiervon erhalten Großbetriebe über die sogenannten flächenbezogenen Direktzahlungen. Diese Förderung ist jedoch kaum gekoppelt an eine artgerechte Tierhaltung oder den Erhalt von sauberen Gewässern, der Artenvielfalt und einer vielfältigen Kulturlandschaft. Der prozessorientierte Ansatz des ökologischen Landbaus muss und kann Vorbild für eine zukünftige „grüne“ GAP sein. Die EU-Kommission hat mit der Farm to Fork- und der Biodiversitätsstrategie den Rahmen vorgegeben. Jetzt gilt es, diesen Rahmen mit der GAP zu verknüpfen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Den anstehenden Trilog zwischen EU-Parlament, Mitgliedsstaaten und EU-Kommission zur GAP-Reform dafür zu nutzen, agrarökologische Elemente zum zentralen Bestandteil dieser Reform zu machen und damit ein nach sozialen und ökologischen Kriterien aufgestelltes Anreizsystem zu schaffen!
- Den Ausbau der freiwilligen Umweltmaßnahmen der GAP voranzutreiben, um Bäuer*innen eine langfristige Planungsperspektive zu geben!
- Die Förderung des Öko-Landbaus zu priorisieren, indem er durch beide Säulen der GAP unterstützt wird!

3. Eine internationale (Handels-) Politik, die ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht

a) Schuldenerlass und die Agenda 2030 zum Leitbild machen

Viele Länder des Globalen Südens sind besonders hart von der Corona-Pandemie betroffen. Wirtschaftliche Einbrüche, strukturell schwache Gesundheitssysteme sowie wachsende Verschuldung und Austeritätspolitik bedrohen vielerorts die sozio-ökonomische Entwicklung. Die sozial-ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie werden sich weltweit noch lange auswirken und Fortschritte, die in Bezug auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht wurden, gefährden. Um diese Entwicklungen abzumildern, benötigen alle Länder ausreichend finanzielle Spielräume. Als Land, welches stark von der wirtschaftlichen Globalisierung profitiert, muss Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und Länder im Globalen Süden bei der Bewältigung der Krisenfolgen solidarisch unterstützen.

→ WEITREICHENDE ENTSCULDUNG FÖRDERN

Der Schuldendienst zwang hochverschuldete Länder schon vor der aktuellen Krise zu dramatischen Kürzungen der Gesundheits- und Sozialbudgets. In Folge der Corona-Pandemie hat sich die Lage noch weiter verschlechtert. Das Schuldenmoratorium der G20 und der Schuldenerlass des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben zu Beginn der Pandemie dringend notwendige Haushaltsspielräume in den ärmsten Ländern geschaffen. Doch ein Schuldenmoratorium ist keine nachhaltige Lösung, da es Zahlungsverpflichtungen lediglich in die Zukunft verschiebt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Auf EU-Ebene den Einsatz für eine weitreichende Entschuldung, die unter Einbeziehung von privaten Gläubigern sowie der Weltbank und anderen multilateralen Gläubigern eine nachhaltige Lösung schafft!
- Hochverschuldete Länder in die Verhandlungen und weitere Beschlüsse zur Schuldenerleichterung einzubinden!

→ DIE AGENDA 2030 ZUM LEITBILD DEUTSCHER POLITIK MACHEN

Die Weltbank warnt vor einer Zunahme extremer Armut durch die Corona-Pandemie. Um die weitreichenden Folgen der Corona-Pandemie weltweit abzumildern und die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele nicht noch weiter zu gefährden, muss die Bundesregierung die Agenda 2030 zum Leitbild ihrer Politik machen und ausreichend finanzielle Mittel hierfür zur Verfügung stellen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Ausreichend Gelder für die Agenda 2030 bereitzustellen und damit das 0,7-Prozent-Ziel bei der Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Zusätzliche Mittel für Covid-19-Hilfen werden auch in der nächsten Legislaturperiode notwendig sein!
- Die Herstellung von Politikkohärenz zwischen den Zielen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und der Arbeit in anderen Bundesministerien, indem die Bundesregierung die Agenda 2030 zu einem Leitbild des gesamten Regierungshandelns macht!

b) Internationale Handelspolitik fair gestalten

In handelspolitischen Fragen wird es in den nächsten Jahren vor allem darum gehen, dass Deutschland seine Verhandlungsstärke auf EU-Ebene dazu nutzt, durch handelspolitische Instrumente die sozial-ökologische Transformation voranzubringen. Die Stärkung von Klimaschutz und Menschenrechten sowie die Verbesserung von sozialen Standards und des Schutzes von Arbeitnehmer*innen muss zur Grundlage von handlungspolitischen Entscheidungen werden. Die bereits geltenden und derzeit in Verhandlung befindlichen Handelsabkommen sind nicht zukunftsfähig, denn sie dienen weder der Stärkung von Menschenrechten weltweit noch der Durchsetzung von hohen Umwelt- und Sozialstandards.

→ FAIRE INTERNATIONALE ABKOMMEN UND HANDELS-VERTRÄGE SCHAFFEN

Internationale Menschen- und Umweltrechtsabkommen müssen im Konfliktfall Vorrang vor Handelsregeln erhalten. Dies sollte in allen internationalen Abkommen – wie etwa dem UN-Treaty – festgeschrieben werden. Die EU muss in ihre Handelsabkommen verbindliche soziale und ökologische Standards integrieren. Es soll kein Handelsabkommen mit Ländern ausgehandelt und abgeschlossen werden, die das

Pariser Abkommen nicht unterzeichnet haben, oder die angekündigt haben, dieses Abkommen zu verlassen, zu schwächen oder zu untergraben; Zudem müssen sie transparent und demokratisch mit allen Stakeholdern ausgehandelt werden. Die deutsche Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene dafür einsetzen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Bestehende oder angestrebte Handelsabkommen müssen auf die Einhaltung menschrechtlicher sowie klima- und entwicklungspolitischer Gesichtspunkte überprüft werden und bei fehlender Einhaltung – wie beispielsweise bei dem MERCOSUR Abkommen der Fall – gestoppt werden!
- Es muss eine Generation neuer Handelsverträge geschaffen werden, die sich durch klare ökologische und soziale Leitlinien auszeichnen und das Pariser Klimaabkommen, die Agenda 2030 und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft- und Menschenrechte befördern!

→ REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE STÄRKEN

Viele Länder im Globalen Süden dienen im internationalen Handel als Rohstofflieferanten, während die weiterverarbeitende Wertschöpfung in anderen Ländern geschieht. Die EU und die Bundesregierung müssen die rohstoffliefernden Länder dabei unterstützen, die Wertschöpfung in ihren Ländern zu stärken und zudem regionale Märkte und Ernährungssouveränität fördern.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Regionale Wertschöpfung im Globalen Süden zu unterstützen, indem regionale Strukturen und Märkte gezielt gefördert werden!
- Handelsabkommen, welche die regionale Integration und den Aufbau von mehr Wertschöpfung vor Ort behindern, wie die EPAs mit den AKP-Staaten, müssen aufgegeben werden!

FORUM FAIRER HANDEL E.V.

Das Forum Fairer Handel e.V. (FFH) ist der Verband des Fairen Handels in Deutschland. Sein Ziel ist, das Profil des Fairen Handels zu schärfen, gemeinsame Forderungen gegenüber Politik und Handel durchzusetzen und eine stärkere Ausweitung des Fairen Handels zu erreichen. Das FFH versteht sich als die politische Stimme der Fair-Handels-Bewegung in Deutschland und setzt sich für veränderte Regeln für Handel und Landwirtschaft weltweit ein. Das FFH erhebt jährlich umfangreiche Daten zu Umsätzen und Absatzmengen des Fairen Handels, auf deren Grundlage sich aktuelle Trends und Entwicklungen des Fairen Handels in Deutschland einschätzen lassen. Einmal im Jahr veranstaltet das Forum Fairer Handel die Faire Woche – die größte Aktionswoche des Fairen Handels in Deutschland.

Die Mitglieder des Forum Fairer Handel sind Organisationen, die ausschließlich im Fairen Handel arbeiten, und Akteure, die die Förderung des Fairen Handels als einen der Schwerpunkte ihrer Arbeit ansehen:



Ein breites Netzwerk von Partnerorganisationen arbeitet in den Arbeitsgruppen des Forum Fairer Handel mit.

WWW.FORUM-FAIRER-HANDEL.DE



Kontakt: Matthias Fiedler,
Geschäftsführer Forum Fairer Handel e.V.
Krausnickstr. 13 · 10115 Berlin
m.fiedler@forum-fairer-handel.de
Tel: 030 28040-599